

Rede zur Verabschiedung des Haushaltes 2024 der Verbandsgemeinde Bad Breisig

Liebe Ratsmitglieder,
sehr geehrte Medienvertreterinnen und -vertreter,
meine Damen und Herren,

die Ökonomie bildet die Grundlage allen politischen Handelns, hat der frühere amerikanische Präsident Bill Clinton sinngemäß einmal festgestellt. Deshalb, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, ist ein Haushaltsentwurf mehr als ein Zahlenwerk. Er ist vielmehr die Basis für das, was wir tun. Er formuliert, wie wir uns die Zukunft unserer Gemeinde vorstellen, er enthält unsere politischen Ziele.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben heute einen unausgeglichene Haushaltsplan vor uns liegen. Trotzdem haben wir uns gewagt einen Plan aufzustellen, der eine Reduzierung des Verbandsgemeindeumlagesatzes von 30 v. H. auf 28 v. H. vorsieht. Wir alle spüren, im privaten Bereich, dass das Leben immer teurer wird. Aber auch die finanziellen Herausforderungen der Gebietskörperschaften werden immer prekärer. Und das wird sich auch in den im neuen Jahr zu verabschiedenden Haushaltsplänen 2024 der Stadt Bad Breisig sowie unserer Ortsgemeinden Brohl-Lützing, Gönnersdorf und Waldorf widerspiegeln. Ich bin der Meinung, dass wir unsere umlagepflichtigen Gemeinden in einer Zeit, in der eine Krise die Nächste jagt, nicht alleine lassen dürfen. Diesen Kurs haben wir bereits in der Vergangenheit verfolgt und das sollten wir auch weiterhin tun. Die Höhe des Umlagesatzes wurde auch schon vor meiner Zeit als Bürgermeister immer ausschließlich an einem unbedingt notwendigen Maßstab bemessen. Die Stadt und die Ortsgemeinde sollen auch weiterhin die Gewissheit haben, dass auch wenn in einem Haushaltsjahr zu viel an Verbandsgemeindeumlage abgeschöpft worden ist, dies spätestens bei der Berechnung für die Umlage für das übernächste Jahr Berücksichtigung findet. Nachdem wir die Folgen der Corona-Krise und die damit verbundenen Mehrausgaben und Mindereinnahmen bei der Gewerbesteuer überstanden haben, folgen nun strenge Maßstäbe bei der Haushaltsplanaufstellung bzw. - genehmigung durch die Aufsichtsbehörden. Wie sollen unsere Gemeinden auf der einen Seite den immer größer werdenden Druck der Landesregierung zur

Einhaltung eines Sparkurses gerecht werden und auf der anderen Seite einen Ort für das Gemeinwohl gestalten? Zum Gestalten bleibt den in den Räten ehrenamtlich Engagierten wegen der immer strenger werden Neuregelungen durch ein geändertes Landesfinanzausgleichsgesetz sowie durch Veränderungen der Gemeindeordnung faktisch keinen Handlungsspielraum mehr. Denn wovon soll eine Gemeinde, die ihre gemeindlichen Pflichten erfüllt und einen unausgeglichenen Haushalt vorlegt, beispielsweise einen Mindestrückführungsbetrag ihrer bestehenden Schulden bezahlen, um weiter Schulden abzubauen? Ohne eine massive Aufstockung des kommunalen Finanzausgleichs ist die Erfüllung der Pflichtaufgaben nicht mehr zu schultern. Dass die Neuregelung des Finanzausgleichs nicht gelungen ist, erkennt man alleine daran, dass unsere umlagepflichtigen Gemeinden im Vergleich zum Jahr 2023 rd. 450.000 € weniger an Zuweisungen des Landes erhalten. Die Zuweisungen des Landes an die Verbandsgemeinde selbst sinken ebenfalls im Vergleich zum Vorjahr und zwar um rd. 60.000 €. Im Gegenzug erfahren wir Kostenexplosionen in allen Bereichen. Den Gemeinden bleibt daher im Ergebnis nur, an der Schraube der Hebesätze zu drehen, um den Vorschriften der Landesregierung gerecht zu werden. Weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Einnahmesituation bzw. Senkung der Ausgaben gibt es wohl kaum. Von gestalterischem Spielraum der Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker kann keine Rede mehr sein. Auch die kürzlich durchgeführte Umfrage des SWR zeigt im Ergebnis, dass ein dringender Handlungsbedarf des Landes erforderlich ist, um die Kommunalfinanzen zu verbessern. Denn rd. 1/3 der Ortsbürgermeister wollen bei der Kommunalwahl 2024 nicht mehr antreten. Jeder vierte hat noch nicht entschieden, ob sie oder er noch einmal für das Ehrenamt kandidiert. Rd. 34 Prozent haben ihre Unsicherheit mit der Finanzsituation begründet. Ich finde dieses Ergebnis spricht für sich und das Land ist zum schnellen Handeln und Gegensteuern aufgefordert. Dieses Alarmsignal muss in Mainz dringend gehört werden. Das kommunale Ehrenamt ist sehr wichtig. Die Ortsbürgermeisterinnen und Ortsbürgermeister sind das Gesicht der lokalen Demokratie, sie wissen wo der Schuh drückt, was die Menschen bewegt und sie sind diejenigen, die all die Projekte um Maßnahmen umsetzen.

Nicht nur die schlechte Finanzausstattung, sondern auch die hohe Belastung durch den Bürokratismus wegen einer steigenden Zahl an Verordnungen,

Gesetzes und Förderkriterien wird nach der SWR-Umfrage als Hürde für ein Weitermachen der Ehrenamtlichen empfunden. D. h. hier ist die Verwaltung gefragt, das kommunale Ehrenamt zu unterstützen. Dieses wird uns in Zeiten des Fachkräftemangels aber nur gelingen, wenn wir auch die Möglichkeit haben, das Fachpersonal zu gewinnen. Insoweit ist ein weiterer Appell an die Landesregierung sowie den Rechnungshof notwendig, durch entsprechende Eigruppierungen und Erleichterungen die Kommunalverwaltungen in die Lage zu versetzen, beim Kampf um das Fachpersonal mit den Nachbarländern sowie der Wirtschaft mithalten zu können.

Ich bin meinen kommunalpolitischen Mitstreitern daher besonders dankbar, dass wir im Vorgriff auf die Ergebnisse der Personal- und Organisationsbedarfsuntersuchung bereits zwei NN-Stellen in den Stellenplan einbringen durften.

Die Ergebnisse werden dem Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss in seiner Sitzung am 16.01.2024 vorgestellt. In der Personalbedarfsermittlung wird der Wandel, der sich auch in den öffentlichen Verwaltungen vollzieht, berücksichtigt. Aufgabenart, -vielfalt und -umfang haben sich in den letzten Jahren massiv geändert. Um zukunftsfähig zu bleiben, muss zur Bewältigung aller Aufgaben und Erfüllung der berechtigten Ansprüche der Bürger/innen und Gremien ausreichendes und qualifiziertes Personal vorgehalten werden. Dabei muss der öffentliche Dienst für Arbeitnehmer/innen attraktiv bleiben. Der Fachkräftemangel macht auch vor den Verwaltungen nicht halt. Wo wir früher Bewerbungen in zweistelliger Höhe auf Stellenausschreibungen bekamen, müssen wir heute oft 2 oder 3 Mal neu ausschreiben, um überhaupt qualifizierte Bewerbungen zu erhalten. Natürlich bieten wir jetzt schon Anreize wie Arbeitsplatzsicherheit, äußerst flexible Arbeitszeiten, Homeoffice, unterschiedlichste Teilzeitmodelle, Vergünstigungen wie Job-Rad u.v.m., aber auch im Hinblick auf Bezahlung müssen wir konkurrenzfähig bleiben. Das Organisationsmodell „Gemeinde 21“ des Gemeinde- und Städtebundes, nach dem auch unsere Organisation ausgerichtet ist, wurde in diesem Jahr überarbeitet. Das neue Modell „Gemeinde 3.0“ berücksichtigt ebenfalls neue Aufgaben. Es schreibt aber auch die Wertigkeiten der Stellen fort. Nach Vorlage des Personalbedarfsgutachtens werden wir im nächsten Schritt dieses mit den neuen Empfehlungen der

„Gemeinde 3.0“ abgleichen. Möglicherweise werden sich Änderungen im Stellenplan ergeben, die wir den Gremien dann vorlegen werden.

Nun habe ich genug Unmut geäußert. Kommen wir zum Haushaltsplan 2024 der Verbandsgemeinde und den darin enthaltenen Zahlen.

Wie bereits erwähnt, liegt uns ein unausgeglichener Haushalt vor. Sowohl im Ergebnis- als auch im Finanzhaushalt schließt der Haushaltsplan mit einem negativen Betrag. Trotzdem wage ich mich, Ihnen diesen Plan mit dem Vorschlag zur Reduzierung des Umlagesatzes vorzulegen.

Dies ist jedoch nur möglich, weil die Verbandsgemeinde in den vorangegangenen Haushaltsjahren nie über ihre Verhältnisse hinaus gewirtschaftet hat und ihr positive Vorträge aus Vorjahren i. H. v. rd. 1,4 Mio. € zur Verfügung stehen. Die Verbandsgemeinde muss sich als Dienstleistungsunternehmen den Anforderungen zur Bewältigung aller Aufgaben auch für die verbandsangehörigen Gemeinden stellen. Natürlich kann dies nicht ohne eine Verbandsgemeindeumlage zur Finanzierung der Aufgaben erfolgen. Sie können hierbei jedoch die Gewissheit haben, dass wir bei der Ermittlung der Verbandsgemeindeumlage nicht mehr Umlage festsetzen, als wir zur Finanzierung des Haushaltsplanes benötigen. Dies erfolgt seit Jahren unter Berücksichtigung der Jahresabschlussergebnisse in der Finanzrechnung. Die umlagepflichtigen Gemeinden Stadt Bad Breisig und die Ortsgemeinden Brohl-Lützing, Gönnersdorf und Waldorf können die Gewissheit haben, wir mit Bedacht an die Umlagefestsetzung heran gehen und diese nicht stärker belasten, als es unbedingt erforderlich ist. Ich finde, das ist uns mit dem vorliegenden Zahlenwerk gelungen. Dass die Bedarfe der umlagepflichtigen Gemeinden bei der Festsetzung der Verbandsgemeindeumlage Berücksichtigung finden müssen, bringt auch das Urteil des OVG RLP vom 12.07.2023 zum Ausdruck. Mit dem vorliegenden Haushalt senden wir zumindest ein kleines, aber ein sehr wichtiges Signal an unsere Gemeinden, die in den schwierigen Zeiten dringend jede Unterstützung benötigen.

Aber nicht nur die umlagepflichtigen Gemeinden müssen für ihre Projekte und Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensqualität und zum Wohle Ihre

Bürgerinnen und Bürger tiefer in die Tasche greifen, sondern auch die Verbandsgemeinde selbst. Neben den steigenden Personalkosten aufgrund der Tarifabschlüsse im laufenden Jahr, müssen wir im Bereich der EDV größere Ausgaben zum Ausbau der IT-Sicherheit im Haushaltsplan darstellen. Vorausgegangen sind In diesem Jahr mehrere Veranstaltungen vom Ministerium des Innern und für Sport des Landes Rheinland-Pfalz, der ADD sowie der Polizei, bei denen alle Ebenen der Verwaltung sensibilisiert wurden und eindringlich auf die Gefahren von Cyber-Kriminalität, das Risiko und die Folgen von Cyber-Angriffen für öffentliche Verwaltungen hingewiesen wurde. Weiterhin wurden dort konkrete Handlungsempfehlungen gegeben, wie man sich vor solchen Angriffen schützen kann. Von unserer EDV wurde ein Konzept erarbeitet, das in 2024 umgesetzt werden soll. Die notwendigen Haushaltsmittel wurden im Haushaltsplan vorgesehen. Im Ergebnis kommt es durch das erarbeitete Konzept und die weiteren Kostensteigerungen für Lizenzen etc. zu einer Kostensteigerung im EDV-Haushalt von rd. 109.000 €.

Ein weiterer wichtiger Bestandteil und Ausdruck unseres Haushaltsplans bildet der Bereich Klimaschutz. Vor mehr als einem Jahr haben wir in Kooperation mit der Verbandsgemeinde Brohltal, Frau Gäb als Klimaschutzmanagerin eingestellt. In den letzten 12 Monaten sind eine Vielzahl von Klimaschutzmaßnahmen umgesetzt oder angestoßen worden. Hierfür möchte ich Frau Gäb an dieser Stelle herzlich für ihre Arbeit danken. So wurde beispielsweise die Bürgerbeteiligung im Rahmen des Klimaschutzkonzepts am 29.11. mit der Auftaktveranstaltung erfolgreich eröffnet. Anfang des kommenden Jahres werden Workshops stattfinden, welche die Bevölkerung der Verbandsgemeinde noch intensiver in den Prozess der Konzepterstellung einbinden werden. Das Klimaschutzkonzept wird voraussichtlich im 2. Quartal 2024 fertiggestellt werden. Des Weiteren wurde am 26.09., in Kooperation mit der Verbandsgemeinde Brohltal, ein Antrag auf Förderung einer Kommunalen Wärmeplanung gestellt. Durch die derzeitige Haushaltssperre des Bundes wird das Vorhaben an sich zwar nicht gefährdet, der Bewilligungsbescheid könnte aber evtl. etwas später eingehen als geplant. Im Jahr 2023 nahm die Verbandsgemeinde erneut am Stadtradeln teil, war Teil des kreisweiten Mobilitätstags am 24.06.2023 in Sinzig und einer Info-Kampagne, welche durch den Kreis und 5 weitere Kommunen

organisiert wird. Für das Jahr 2024 ist die Info-Kampagne in größerem Umfang in der Planung. Des Weiteren ist der Ausbau der E-Ladeinfrastruktur mit bis zu 30 Ladepunkten für 2024 geplant. Derzeit werden die Verträge der verschiedenen Anbieter geprüft. Zusätzlich befindet man sich in Gesprächen mit der eCB (eCarsharing in Bürgerhand), welche eCarsharing in der Verbandsgemeinde anbieten möchte. Die Verwaltung arbeitet außerdem an zwei Förderprogrammen. Zum einen soll der Rückbau von Schottergärten sowie die Entsiegelung privater Hofeinfahrten, zum anderen der Kauf von Baumsetzlingen gefördert werden. Die Verbandsgemeinde nimmt zudem mit zwei Projekten an dem KIPKI-Wettbewerb des Landes Rheinland-Pfalz teil. So wurde eine Projektskizze eingereicht, welche sich mit der Möglichkeit der Nahwärmeversorgung durch die Thermalquellen der Stadt befasst. Eine weitere Projektskizze behandelt das Thema der Mobilitätsstationen, welche verschiedene Verkehrsarten zentral miteinander verknüpft. An der Anzahl der Projekte erkennt man die Bedeutung und den Stellenwert dieses wichtigen Themas in unserer Verbandsgemeinde.

Gerne möchte ich auch noch einen Blick auf die bedeutensten Investitionshaushalt werfen.

Bei einem geplanten Investitionsvolumen von rd. 3 Mio. € nehmen die Investitionen in unsere Schulen rd. 80 % des Gesamtvolumens ein.

Wir wollen, dass alle Kinder und Jugendlichen gute Startchancen bekommen und bestmöglich gefördert werden. Bildung, Betreuung und Förderung unseres Nachwuchses stehen deshalb nach wie vor ganz oben auf unserer Agenda. Schülerinnen und Schüler brauchen gut ausgestattete und ansprechende Lernorte. Deshalb investieren wir in den nächsten Jahren mit insgesamt über 6 Mio. € in die Erweiterung unserer Lindenschule. Wir haben nun endlich die geänderten Bauantragsunterlagen erhalten, sodass wir diese nun bei der Kreisverwaltung einreichen können.

Bereits in diesem Jahr konnten wir zur temporären Schaffung von zusätzlichem Raumbedarf mit einem Volumen von fast 700.000 € eine Modulanlage mit Klassenräumen beschaffen. Die Ausstattung und Inbetriebnahme ist zu Beginn des Jahres 2024 vorgesehen. Im Plan 2024 haben wir vorsorglich weitere Mittel zur Aufstockung der Containeranlage vorgesehen.

Damit wir uns auch für die Zukunft gut aufstellen können, wird derzeit die Schulentwicklungsplanung erstellt.

Mit den Schulleitungen haben erste Gespräche stattgefunden und es ist zunächst eine jährliche Bedarfsabfrage für die Eltern geplant. Sobald hier erste Zahlen einen Bedarf zeigen, kann konkret überlegt und daraus Schlüsse gezogen werden.

Ab dem Schuljahr 2026/2027 wird der Rechtsanspruch für die jeweiligen ersten Schuljahre umgesetzt. Momentan werden an beiden Schulen unterschiedliche Betreuungsmodelle angeboten. Während wir an der Lindenschule bereits ein Ganztagesangebot in Angebotsform haben, gibt es in Brohl ein Betreuungsangebot im Rahmen der Betreuenden Grundschule. Beide Angebotsformen sind auch im Ganztagsförderungsgesetz möglich. Sie müssen jedoch einen zeitlichen Umfang von 8 Zeitstunden täglich umfassen. Je nach Ergebnis könnten sich daraus weitere bauliche Veränderungen beispielsweise im Bereich der Mensa ergeben, was zum derzeitigen Zeitpunkt aber noch nicht abschätzbar ist.

An dieser Stelle möchte ich ganz besonders unseren Schulleiterinnen sowie den gesamten Lehrkräften der Lindenschule und der Leo-Stausberg-Schule für ihre tägliche Arbeit in die Bildung und Betreuung unserer Kinder danken.

Einen weiteren großen Anteil im Haushaltsplan nimmt der Bereich Feuerwehr ein. Auch im Jahr 2024 arbeiten wir sukzessive den im Jahre 2021 beschlossenen Bedarfs- und Organisationsplan der Feuerwehren ab und investieren damit auch weiterhin in die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger der Verbandsgemeinde. Die wichtigsten Weichenstellungen für die Zukunft stellen neben der Beschaffung von Feuerwehrfahrzeugen, der Erweiterungsbau der Feuerwehreinheit Brohl sowie der Neubau des Feuerwehrgerätehauses in Waldorf dar. Heute braucht die Feuerwehr ein beachtliches technisches Equipment, das bedient, gepflegt und gewartet werden muss. Dazu benötigt unsere Feuerwehr entsprechende räumliche und logistische Möglichkeiten. Ich möchte an dieser Stelle Danke sagen. Ganz herzlich danke ich den Feuerwehrkameradinnen und -kameraden, an der Spitze und stellvertretend für alle Feuerwehrfrauen und -männer Ronny Zillen und Sache Cremer, für die

unzähligen Stunden, die Sie zum Schutz und zum Wohle der Allgemeinheit leisten. Damit leisten sie alle einen unbezahlbaren Einsatz für uns alle.

Den drittgrößten Anteil im Investitionshaushalt nimmt der Bereich „Verkehrsüberwachung“ ein. Vor rd. einem Jahr haben wir den Beschluss gefasst, in Zusammenarbeit mit der Stadt Remagen Kontrollen im Bereich des fließenden Verkehrs durchzuführen. Für die Umsetzung haben wir einen Investitionszuschuss an die Stadt Remagen von rd. 70.000 € zur Beschaffung eines Fahrzeuges nebst Meßtechnik eingeplant. Im Sommer 2024 werden zwei Mitarbeiter/innen bei der Stadt Remagen eingestellt, damit diese die erforderlichen Lehrgänge und eine Messausbildung absolvieren können. Mit der Lieferung des Fahrzeuges und Einstellung von weiteren Mitarbeitenden für den Innendienst im Oktober, wird sodann die abschließende Einrichtung der Kontrolle und Ahndung des fließenden Verkehrs beginnen.

Meine Damen und Herren, mit dem vorliegenden Haushaltsentwurf werden wir, davon bin ich überzeugt, unserer Verantwortung gerecht, den Standort zu stärken und den Bürgerinnen und Bürgern ein attraktives Umfeld zu bieten. Er entwickelt gute Perspektiven für unsere Verbandsgemeinde Bad Breisig.

Deshalb bitte ich Sie, dem Haushaltsplan zuzustimmen. Vorher möchte ich aber noch die Gelegenheit nutzen, mich für die Arbeit im ablaufenden Jahr zu bedanken. Meinen Dank an die Feuerwehr und die verantwortlichen in den Schulen habe ich bereits ausgesprochen.

Danken möchte ich auch allen Bediensteten der Verwaltung und der Jugendpflege, die mit Ihrer täglichen Arbeit einen wichtigen Beitrag leisten. Denn jede und jeder Einzelne trägt in seinem Bereich für die Zukunft unserer schönen Verbandsgemeinde bei.

Zu guter Letzt möchte ich natürlich auch Ihnen, liebe Ratsmitglieder, für Ihr und Euer Engagement zum Wohle der Allgemeinheit danken. Die Wichtigkeit des Ehrenamtes habe ich bereits zu Beginn meiner Rede dargelegt. Ohne sie Alle geht es nicht! Herzlichen Dank!

In dem Zusammenhang möchte ich ganz besonders meinen Dank an die Beigeordneten und die Ortsbürgermeister hervorheben. Ich möchte Ihnen und Euch für die, wie ich finde, immer sehr angenehme und konstruktive Zusammenarbeit danken. Das ist nicht selbstverständlich und so freue ich mich, dass ich Sie und Euch an meiner Seite habe. Herzlichen Dank dafür!